



Baurundblick

Nr. 6/2005
22. Juni 2005

In dieser Ausgabe u.a.

- Baukonjunktur: Nur vereinzelt Stabilisierung
- Argumente zur aktuellen Mindestlohndebatte
- Niedersachsen-Bremen: Schwacher Start ins Jahr 2005
- Der aktuelle Kommentar: Ein deutliches JA zum Mindestlohn

Frühjahrsumfrage zur Baukonjunktur: Nur vereinzelt Hinweise auf Stabilisierung

(brb).- Nach Mitteilung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen wird die Situation der Bauwirtschaft derzeit überwiegend pessimistisch eingeschätzt. Dies ergab die traditionelle Frühjahrsumfrage zur Baukonjunktur. Nur vereinzelt erfolgten Hinweise auf eine Stabilisierung der Situation.

Mehr als 60 Prozent der befragten Unternehmen beurteilten die gegenwärtige Geschäftslage als schlecht. Dies betraf insbesondere die Situation im Bereich des Wohnungsbaus und des Straßenbaus. Auch für die nähere Zukunft rechnen die Mitgliedsunternehmen des Verbandes nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Lage. Vor allem die im Bereich des Straßenbaus tätigen Unternehmen sind zu nahezu 70 Prozent davon überzeugt, dass sich die Geschäftslage noch weiter negativ entwickeln wird.

Die größten Probleme sehen die Bauunternehmen aktuell in dem nach wie vor unauskömmlichen Preisniveau am Baumarkt. Es folgen der Rückgang der Baunachfrage sowie das Problem der illegalen Beschäftigung und des Lohndumpings.

Volkswirtschaftliche Argumente zur aktuellen Mindestlohndebatte

(brb).- In der aktuellen politischen Diskussion in Deutschland schlägt das Thema Mindestlohn zur Zeit große Wellen. Zur Versachlichung der Diskussion hat die Deutsche Bauindustrie ein Argumentationspapier unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Argumente für einen Mindestlohn in der standortgebundenen Bauwirtschaft“ entwickelt, in dem die zentralen Fakten zusammengestellt sind.

In dieser Diskussion wird vielfach auf die im Baugewerbe bestehenden tariflichen Mindestlöhne verwiesen und deren Unwirksamkeit oder sogar deren Schädlichkeit behauptet.

Der Aufbau eines integrierten europäischen Wirtschafts- und Währungsraums führt Volkswirtschaften unterschiedlichen

- Entwicklungsniveaus,
- Lohn- und Kapitalkostenniveaus und
- Produktivitätsniveaus

zusammen. Es entsteht ein Integrationsraum, in dem der Marktmechanismus tendenziell auf den Abbau dieser Unterschiede hinwirkt. Dies bedeutet:

- einheitliche Zinsen auf dem europäischen Kapitalmarkt (inzwischen vollzogen),
- Einebnung der Produktivitätsunterschiede durch Know-how-Transfer im Rahmen von Produktionsverlagerungen,
- Abbau der Lohnunterschiede durch die Wanderung von Arbeitskräften bzw. die grenzüberschreitende Tätigkeit von Unternehmen.

Die dadurch ausgelösten Anpassungsprozesse würden im deutschen Baugewerbe ohne Abfederung zu folgenden Verwerfungen führen:

- dramatischer Beschäftigungsabbau, der sozialpolitisch nur schwer zu verkraften wäre,

- eine Insolvenzwelle, da die Unternehmen vor dem Hintergrund der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen (Kosten für Abfindungen und Sozialpläne) diesen Beschäftigungsabbau kurzfristig nicht bewältigen könnten,
- Verzicht auf Beschäftigungschancen, da im Zuge der Insolvenzen auch wettbewerbsfähige Arbeitsplätze abgebaut würden und den Unternehmen die Möglichkeit zur Umstrukturierung in neue Märkte genommen würde.

Die Deutsche Bauindustrie plädiert deshalb dafür, die vor dem Hintergrund der europäischen Einigung unvermeidbaren Anpassungsprozesse mit Hilfe von Übergangsregelungen und Mindestlohnregelungen abzufedern.

Für die Mindestlöhne im Baugewerbe gibt es gute volkswirtschaftliche Argumente.

- Der tarifliche Mindestlohn hat den Strukturwandel nicht verhindert, sondern den integrationsbedingten europäischen Wettbewerbsdruck deutlich abgefedert. Hauptursache für den Arbeitsplatzabbau im Baugewerbe seit 1995 von 45 Prozent waren der Umsatzrückgang um 30 Prozent, die bei konservativer Schätzung um 1 Prozent pro Jahr gestiegene Produktivität sowie die verstärkte, jedoch abgebremste Ausländerbeschäftigung nach Schaffung des freien Binnenmarktes am 1. Januar 1993.
- Der tarifliche Mindestlohn hat nicht preistreibend gewirkt; es kam zu keiner Verdrängung inländischer Baunachfrage.

Mindestlöhne können zwar grundsätzlich, wenn sie zu Preiseffekten führen, Nachfrage verdrängen; der Rückgang der Umsätze im deutschen Bauhauptgewerbe ist jedoch nicht preisbedingt, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen – und zwar:

- im Wohnungsbau: Überproduktion in der ersten Hälfte der 90er Jahre, verlangsamer Abbau der Kapazitäten aufgrund demografischer Effekte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre,
- im Wirtschaftsbau: Zusammenbruch des Gewerbeimmobilienbooms im Jahre 2002; Ausfall von Wirtschaftsbaunachfrage durch Verlagerung von Produktion des verarbeitenden Gewerbes an Niedriglohnstandorte im Ausland,

- im öffentlichen Bau: der öffentliche Investitionsstau, ausgelöst durch die Finanzierungs-krise der öffentlichen Gebietskörperschaften.

Bauleistungen sind standortgebunden. Die Mindestlöhne haben deshalb im Baubereich nicht zu einer Verlagerung von Produktion ins Ausland geführt (Offshoring).

Die Verlagerung von Bauproduktion an Niedriglohnstandorte ist für die deutsche Bauwirtschaft weithin unrealistisch. Bauleistungen sind standortgebunden und müssen vor Ort erbracht werden.

Eine Ausnahme bildet theoretisch die Produktion von Fertigteilen, die an Niedriglohnstandorten für den deutschen Markt produziert werden könnten. Ein Blick in die Außenhandelsstatistik zeigt jedoch, dass die für diesen Fall zu erwartenden Importe statistisch nicht nachzuweisen sind. Ganz im Gegenteil: Die Einfuhr von Baumaterialien ist seit 1996 sogar noch stärker zurückgegangen als der Umsatz auf dem deutschen Baumarkt.

- Eine explosionsartige Zunahme der Marktanteile ausländischer Niedriglohnunternehmen wurde verhindert

Wie die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, ist die Zahl der ausländischen Werkvertragarbeitnehmer (Kontingentarbeitnehmer auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen) stark zurückgegangen:

Ausländische Niedriglohnunternehmen, insbesondere aus den MOE-Staaten, waren also genauso, möglicherweise sogar stärker, von der nachlassenden Baukonjunktur betroffen wie inländische.

Ausländische Niedriglohnunternehmen sind auf dem deutschen Baumarkt fast ausschließlich als Nachunternehmer tätig. Für eine Stabilisierung des Marktanteils ausländischer Niedriglohnunternehmen am deutschen Baumarkt spricht deshalb auch, dass sich der Nachunternehmeranteil im deutschen Bauhauptgewerbe generell seit Einführung der Mindestlöhne stabilisiert hat:

- Der Mindestlohn ermöglicht den Anpassungsprozess und sichert bestehende Arbeitsplätze vor ausländischer Niedriglohnkonkurrenz.

Die Deutsche Bauindustrie hat die ihr durch den Mindestlohn verschafften zeitlichen Spiel-

räume dazu genutzt, sich im europäischen Binnenmarkt neu aufzustellen.

Dazu gehören:

- der Abschied vom „Alleskönner“, der keine spezifischen Produktivitätsvorteile auf einzelnen Märkten vorweisen kann (Spezialisierungsstrategie),
- die Konzentration auf Bauleistungen, die zum einen kapitalintensiver zum anderen mit höheren technischen Anspruch produziert werden,
- die Vermarktung der technischen Kompetenz auf den Weltmärkten (Internationalisierung),
- die Entwicklung von Angeboten, die neben der reinen Bauleistung zusätzliche Dienstleistungen rund um das Bauwerk umfassen.

Bei einer Abschaffung des Mindestlohns für das deutsche Baugewerbe wäre mit einem weiteren deutlichen Beschäftigungsabbau zu rechnen.

Im Jahresdurchschnitt 2005 wird das deutsche Bauhauptgewerbe etwa 700.000 Beschäftigte (ohne Auszubildende) aufweisen. Davon sind etwa 350.000 Beschäftigte den kleineren Betrieben mit 1 - 19 Beschäftigten zuzuordnen, die aufgrund ihrer lokalen Ausrichtung sowie der Konzentration auf Bestandsmaßnahmen von der ausländischen Niedriglohnkonkurrenz nur in geringem Umfang betroffen sind.

Weitere etwa 100.000 Beschäftigte stehen aufgrund ihrer Qualifikation bzw. der spezialisierten und kapitalintensiven Fertigungsmethoden ihrer Unternehmen (vor allem im Tiefbau) ebenfalls nicht in Lohnkonkurrenz mit ausländischen Niedriglohnunternehmen.

Die Bauwirtschaft in Westdeutschland im Mai 2005

(brb).- Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests war das Geschäftsklima im westdeutschen Bauhauptgewerbe im Mai ähnlich schlecht wie im April. Die befragten Firmen waren mit ihrer aktuellen Geschäftslage weiterhin überwiegend unzufrieden, der Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sahen sie dagegen mit vorsichtigem Optimismus entgegen. Die Gerätekapazitäten waren ein wenig besser ausgelastet als im Vormonat; mit 61 Prozent wurde auch der Vorjahreswert (60 Prozent) leicht übertroffen. Knapp die Hälfte der Testteilnehmer klagte über Produktionsbehinderungen, der mit Abstand größte Teil wegen Auftragsmangel.

Völlig saisonunüblich meldeten rund 10 Prozent auch witterungsbedingte Beeinträchtigungen.

Die Reichweite der Auftragsbestände hat sich im Durchschnitt der Bausparten verkürzt; die Auftragsreserven der Testfirmen reichten – wie im Vorjahr – für 2,2 Produktionsmonate (saison- und witterungsbereinigt). Die Firmenmeldungen lassen erkennen, dass die Preise im Mai kaum noch unter Druck standen. Für die kommenden Monate erwarteten die Unternehmen sogar moderat steigende Preise. Der Personalabbau wird anhalten. Per saldo gingen 35 Prozent der befragten Firmen von einer Verringerung der Zahl der Mitarbeiter aus; vor einem Jahr waren es 40 Prozent.

Nach den Ergebnissen einer Sonderfrage gingen 61 Prozent der im Hochbau tätigen Unternehmen davon aus, dass sich aufgrund derzeitiger Anfragen, Submissionsergebnisse und Auftragsverhandlungen ihr Auftragsbestand in den nächsten zwei Monaten nicht verändern wird. Im öffentlichen Hochbau erwarteten sogar drei Zehntel der Testfirmen eine Abnahme der Auftragsreserven. Im Tiefbau ist die Situation nicht so ungünstig; jedes vierte Unternehmen rechnete eher mit einer Aufstockung, nur 23 Prozent mit einer Verringerung der Auftragsbestände.

Im Hochbau hielt das unterkühlte Geschäftsklima an. Die im Wohnungsbau tätigen Unternehmen schätzten die aktuelle Situation kritischer ein als in den drei vorangegangenen Monaten, in den beiden Nichtwohnbau-Sparten waren dagegen Verbesserungen zu registrieren. So beurteilten die im gewerblichen bzw. im öffentlichen Hochbau tätigen Unternehmen die Lage so „gut“ wie letztmals vor rund drei/vier Jahren. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten war bei allen drei Teilsparten weiterhin vorsichtiger Optimismus zu erkennen.

Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten erhöhte sich; er war mit 58 Prozent aber geringfügig niedriger als im Mai 2004 (59 Prozent). Die Auftragsbestände sanken im gewerblichen sowie im öffentlichen Hochbau um jeweils 0,1 Monate auf 2,7 bzw. 2,2 Monate, im Wohnungsbau verharrten sie bei 1,9 Monaten. Im Durchschnitt der Hochbausparten betragen die Auftragsbestände – wie vor einem Jahr – 2,2 Produktionsmonate. Den Firmenangaben zufolge hielten sich im Berichtsmonat Preisanhebungen und –senkungen etwa die Waage. Für die nächs-

ten Monate wird jedoch mit vereinzelt Preiserhöhungen gerechnet.

Im Tiefbau hat sich das Geschäftsklima nicht verändert. Der überwiegende Teil der befragten Unternehmen war nach wie vor mit der aktuellen Geschäftslage nicht zufrieden, die Geschäftsaussichten wurden allerdings erneut mit verhaltener Zuversicht eingeschätzt. Bei schrumpfender Bautätigkeit war der Gerätepark schlechter ausgelastet als im Vorjahr; mit 62 Prozent lag der Ausnutzungsgrad jedoch noch um 1 Prozentpunkt über dem Vorjahreswert.

Die Auftragsbestände verminderten sich im Straßenbau von 2,2 auf 2,1 Monate und im sonstigen Tiefbau von 2,6 auf 2,5 Monate. Im Durchschnitt der Tiefbausparten reichten die Auftragsreserven für 2,3 Produktionsmonate; sie lagen damit knapp über dem Wert des Vorjahres (2,2 Monate). Nach den Meldungen der Firmen zu schließen, hielt der Preisdruck im Berichtsmonat an. Die Testteilnehmer gingen jedoch davon aus, dass sich in den nächsten Monaten vereinzelt Preisanhebungen durchsetzen lassen.

Baukonjunktur in Niedersachsen/Bremen: Schwacher Start ins Jahr 2005

(brb).- Auch im Jahr 2005 hat die Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen keinen guten Start erwischt. In den ersten drei Monaten ging die Bauproduktion - gemessen in geleisteten Arbeitsstunden - insgesamt um fast ein Viertel zurück. Die größten Einbrüche waren im Wohnungsbau und im Straßenbau zu verzeichnen.

Die Auftragseingänge sanken im ersten Quartal 2005 gegenüber dem Vergleichszeitraum um fast elf Prozent. Die bedeutendsten Verluste hatten der gewerbliche Hochbau und der sonstige Tiefbau zu beklagen. Hier ging der Wert der Auftragseingänge jeweils um fast ein Viertel zurück.

Bei den erteilten Baugenehmigungen war im ersten Quartal ein Minus von fast 18 Prozent zu verzeichnen. Dahinter verbirgt sich eine unterschiedliche Entwicklung bei den Wohn- und bei den Nicht-Wohngebäuden. Während erstere um über 40 Prozent einbrachen, war bei den Verwaltungs- und Gewerbebauten ein Nachfrageanstieg von 16,5 Prozent zu verzeichnen.

Die schlechten Zahlen haben sich naturgemäß auf die Beschäftigtenzahl ausgewirkt. Diese

liegt mit jetzt noch knapp 70.200 Beschäftigten um 11,1 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Wirtschaftsbau: Langfristig wieder leicht aufwärts

(brb).- Seit etwa 40 Jahren erstellt das ifo Institut jährlich die ifo Bauvorausschätzung. Sie enthält integrierte Prognosen der kurz- und mittelfristigen, vor allem aber der längerfristigen Trendentwicklung der Bautätigkeit in Deutschland. Seit vier Jahren bezieht sich die Prognose auf Gesamtdeutschland. Wegen der nach wie vor großen Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern wird aber auch in der kürzlich abgeschlossenen Ausgabe die langfristige Entwicklung (bis 2014) – möglicherweise zum letzten Mal – getrennt für West- und Ostdeutschland dargestellt, die mittelfristigen Prognosen (bis 2009) beziehen sich dagegen auf sechs Großregionen (Bundesländer).

Im Februar wurden im ifo Schnelldienst einige Resultate der neuen Multi-Client-Studie vorgestellt. Erneut musste einleitend auf die unbefriedigende Entwicklung der Bauwirtschaft hingewiesen werden, die dazu geführt hat, dass das Bauvolumen im Jahr 2004 nur noch 78 Prozent des Werts von 1994 erreichte. Allerdings ergeben die Schätzungen des ifo Instituts, dass die Baunachfrage im nächsten Jahrzehnt um durchschnittlich knapp 1 Prozent p.a. zunehmen wird.

Der Beitrag konzentriert sich schwerpunktmäßig auf den Wirtschaftsbau, der neben dem Straßenbau der einzige Bereich ist, der diesen Durchschnittswert übertrifft. Er dürfte sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnt sowohl in West- als auch in Ostdeutschland recht positiv entwickeln.

Nach den Schätzungen des ifo Instituts übertrifft das Bauvolumen im Gewerbebau im Jahr 2014 mit gut 72 Mrd. Euro (in Preisen von 2000) den Wert von 2004 um rund 11 Prozent; für das Wohnungsbauvolumen ergeben die Berechnungen dagegen gleichzeitig nur einen Anstieg um 8,5 Prozent, für den öffentlichen Bau sogar nur um knapp 8 Prozent.

Der aktuelle Kommentar: Ein deutliches JA zum Mindestlohn

(brb).- Was wäre wohl, wenn, und was wäre eigentlich, wenn nicht? Immer wieder mal wird bei gerade bietenden Gelegenheiten die Frage

vorgebracht. Eine zufriedenstellende Antwort gibt es meistens jedoch nicht. Nicht selten wird sogar die Frage als unangebracht abgetan, weil sie doch nur in das Reich der Spekulation und damit in die Irre führe. Das ist zweifellos nicht falsch und trotzdem nicht ganz richtig, zumindest was die deutsche Bauwirtschaft anlangt. Die nämlich kann sehr wohl mit einer hieb- und stichfesten Erwidern auf die Frage aufwarten, wohin die Reise im größer werden den Europa voraussichtlich gehen würde, wenn es keine Mindestlöhne gäbe. Oder falls sich demnächst einer erkundigt, wie sich das Baugewerbe vermutlich entwickelt hätte, wenn seinerzeit nicht der tarifliche Mindestlohn ausgehandelt worden wäre.

In der Bauindustrie weiß man mit Blick auf den Mindestlohn, die Niedriglohnkonkurrenz war nur zu einem kleinen Teil für den starken Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft verantwortlich; Hauptursache waren vielmehr der kräftige Umsatzrückgang und die gesteigerte Produktivität. Die Statistik belegt außerdem, dass der Mindestlohn in der ausgesprochen schwierigen Phase der Umstrukturierung die Position der deutschen Bauunternehmen festigte und eine weitere explosive Ausweitung der Marktanteile ausländischer Billiglohnfirmen verhinderte.

Daraus ergibt sich, der Mindestlohn hat den im Zuge der weiteren europäischen Integration entstandenen Wettbewerbsdruck, den auch das Lohngefälle von 21.80 Euro in Deutschland bis hin zu 1.13 Euro im künftigen EU-Land Bulgarien bestimmt, spürbar abgemildert. Eine Abschaffung des Mindestlohn im deutschen Baugewerbe würde eine unmittelbare Gefahr für eine weitere Viertelmillion Arbeitsplätze bedeuten. Das Zusammenwachsen der höchst unterschiedlichen Volkswirtschaften in der Europäischen Union muss mit Übergangs- und Mindestlohnregelungen abgefedert werden. Anders sind folgenreiche Verwerfungen nicht zu verhindern.

KURZ NOTIERT

(brb).- Im 1. Quartal 2005 wurden in den alten Bundesländern 689 Insolvenzen im Bauhauptgewerbe registriert. Das waren 5,6 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Insolvenzen im 1. Quartal 2005 im Bauhauptgewerbe 328. Das entspricht einem

Zugang von 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

(brb).- Der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe in den alten Bundesländern betrug im 1. Quartal 2005 bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten 14,1 Mrd. EUR. Das entsprach einem Rückgang von real 8,5 Prozent zum Vorjahresquartal.

In den neuen Bundesländern betrug der Auftragsbestand bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im 1. Quartal 2005 4,1 Mrd. EUR und lag damit real um 17,6 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

(brb).- Im Mai 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen in den alten Bundesländern im Vergleich zum Vorjahresmonat um 14,0 Prozent auf 131.161.

Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen in den neuen Bundesländern betrug im Mai 2005 151.869. Sie lag damit um 3,6 Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (0511) 7 00 08 60
Telefax (0511) 7 00 86 86
ISDN (0511) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020964, BLZ 250 500 00
Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Amtsgericht Hannover HRB 55659
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 178247194

Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

*Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellen-
angabe und Belegexemplar erbeten.*